

Radiergummipolitik Analoge Lösungen für die digitalen Welt

Martin Haase

Piratiger Aschermittwoch 2011

Die jüngsten Ereignisse um den Freiherrn zu Guttenberg haben sicher viele Unionspolitiker dazu veranlasst, wieder verstärkt über das Internet nachzudenken. Was kann man da tun? – Was kann man tun gegen ein Netz, das sich alles merkt, in dem sich Menschen zusammentun, um Dissertationen oder nur das Geschwätz von gestern einer Prüfung zu unterziehen? Wie schön wäre da ein **Radiergummi**! Ein digitaler natürlich, mit dem man löschen kann, was einem nicht mehr passt. Zum Glück geht das nicht, denn **Radiergummi** gibt es nur in der analogen Welt und übertragen auf die digitale handelt es sich bestenfalls um eine Metapher:

- Bei dem von Ilse Aigner beworbenen Projekt geht es um Digitales Rechtemanagement (DRM), das nicht hält, was es verspricht, denn jeder kann sich eine DRM-freie Kopie der sperrbaren Fotos anfertigen (zudem ist der Ansatz nutzer-, also verbraucherunfreundlich);
- zu Guttenberg und Konsorten mögen hingegen unter einem **Digitalradierer** so etwas wie Netzsperrern verstehen. Das Netz darf kein „rechthaberischer“ Raum sein. Und die Dissertation des Ex-Ministers ist von der Universität Bayreuth zu prüfen und sonst nicht! Hätten wir schon Netzsperrern, wäre das *gutenplag*-Wiki gewiss aus Datenschutzgründen gesperrt worden – oder aus Gründen des Urheberrechts.

1 Urheberrecht

Wo wir schon bei Urheberrechtsverletzungen sind: Welche **Radiergummilösungen** werden in diesem Zusammenhang diskutiert? Um die Geschäftsmodelle der Content-Mafia zu sichern, stehen so genannte „Warnschuss-Strategien“ zur Diskussion:

Frankreich hat es uns vorgemacht: Wer im Internet geschützte Inhalte herunterlädt, soll nach einer ersten und zweiten Verwarnung beim dritten Mal einfach vom Netz

abgeklemmt werden. Für diese Idee machen sich auch EU-Parlamentarier stark, z. B. Reinhard Bütikofer, dessen Rechtfertigung ich auf dem Chaos Communication Congress genauer analysiert habe.

Was hier besonders perfide ist: Die Durchsetzung der Interessen der Rechteinhaber (das sind gerade nicht die Urheber) soll durch die Provider geschehen. Damit wird das Recht privatisiert. Wir kennen das schon von der deutschen Rechtsspezialität der Abmahnungen – auch so eine Warnschuss-Strategie.

Auf die Idee, Menschen vom Netz auszuschließen, kann eigentlich nur jemand kommen, der abgrundtief böse ist oder an den **Radiergummi** glaubt: Inzwischen ist das Netz allgegenwärtig. Ohne Internet kann man weder telefonieren, noch fernsehen und womöglich auch bald nicht mal mehr heizen.

2 Jugendmedienschutz

Auch beim Jugendmedienschutz glänzen die Analogparteien mit **Radiergummistrategien**: Ich sage nur:

- „Sendezeiten im Internet“. Wie soll das bei einem globalen Netz funktionieren?
- Selbstkontrolle der „Sender“? – Im Netz ist jeder Sender. Gerade das kollaborative Arbeiten macht das Netz aus und das soll dann *per se* nicht jugendfrei sein?

Es muss beim Jugendschutz natürlich vor allem darum gehen, die Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und Eltern zu fördern. Und da meldet sich gleich die SPD zu Wort – die selbsternannte „Netzpartei“ und schlägt vor, dass Jugendliche mehr Zeitung lesen sollen. Gut, in Zeitungen kann man dann wenigstens herumradieren!

Die Grünen sind da neuerdings dem Internet gegenüber aufgeschlossener. Beinahe hätten sie allerdings doch noch für den neuen Jugendmedienschutz-Staatsvertrag gestimmt – aufgrund parlamentarischer Zwänge. Das ist auch so eine Art **Radiergummi** – aber mehr für das eigene Gewissen.

3 Vorratsdatenspeicherung

Polizeigewerkschaft, BKA, CDU und CSU werden nicht müde, uns zu erklären, dass ohne Vorratsdatenspeicherung eine „Schutzlücke“ droht. „Schutzlücke“ ist auch so ein neues Wort – „Neusprech“ vom Feinsten, denn es suggeriert, dass uns der Staat effektiv schützt vor allem Bösen, aber da gibt es dieses lästige Loch, die Lücke nämlich, durch die das Böse hereinlugt und die unbedingt zu stopfen ist. Die Lücke ist dieser „rechtsfreie Raum“, der unbedingt überwacht gehört.

Aber es bahnt sich eine Lösung an. Die Vorratsdatenspeicherung steht erneut vor der Tür bzw. vor der Lücke, diesmal getarnt als „Quick Freeze Plus“: *Quick Freeze* ist eigentlich ein alternatives Verfahren zur Vorratsdatenspeicherung, denn „eingefroren“ wird nur, sobald ein Verdacht besteht. Nun sollen aber auch rückwirkend Daten für eine gewisse Zeit auf Vorrat vorgehalten werden, die dann bei einem Quick Freeze mit

abgefragt werden können. Zudem werden die interessierten Kreise wahrscheinlich häufiger ein Schockgefrieren beantragen, auch wenn es hinterher abgelehnt wird, einfach um nötigenfalls auf Daten zurückgreifen zu können. Quick Freeze ist sozusagen das Schweizer Taschenmesser unter den **Radiergummis** und sollte vielleicht *Vorratsdatenspeicherung Plus* heißen.

4 Geschlechterpolitik

Dass **Radiergummipolitik** nichts anderes ist, als das Herumdoktern an Symptomen, ist schon bei Ilse Aigners Plänen offenkundig gewesen. Besonders deutlich wird es jedoch bei der Geschlechterpolitik: Jetzt hat endlich auch die CSU ihre Quote, wenn auch eine sehr weiche. Ursula von der Leyen fordert sie nun auch für Unternehmen. Solche Ideen setzen jedoch nicht an der Wurzel an, sondern tragen sogar noch dazu bei, überkommenes Geschlechterdenken zu zementieren. Die einzige Partei, die in ihrem Programm eine wirklich zeitgemäße Geschlechterpolitik vertritt, ist die Piratenpartei. Hier ist mal der Ort, wo andere Parteien abschreiben dürfen – ganz legal. Vielleicht wäre das ja eine neue Aufgabe für Herrn zu Guttenberg.

5 Sozialpolitik

Und wo wir schon beim Abschreiben sind: In der Sozialpolitik gibt es auch nur bei der Piratenpartei einen ernst zu nehmenden Entwurf, den es sich lohnt abzuschreiben: Dass jeder Bürger ein Recht auf sichere Existenz hat, ist nicht nur eine Idee der Piraten, sondern kam schon in der französischen Revolution auf und lässt sich aus dem Recht auf Menschenwürde des Grundgesetzes ableiten. Die Analogparteien beschränken sich jedoch darauf, eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um 5–8 € erwirken zu wollen, das fühlt sich so an, als wolle man lediglich die Einwände der Verfassungsrichter „ausradieren“ – **Radiergummipolitik** also – ohne Sinn und Verstand für Menschenwürde und Grundrechte.

Auch die Idee, neue Arbeitsplätze zu schaffen, ist zwar gut, aber wahrscheinlich nicht hinreichend, denn ohne Zwang ist keine Vollbeschäftigung mehr zu erreichen. Eine Vollbeschäftigung, die auf Zwang beruht, ist auch nicht wünschenswert. Der „Green New Deal“ wird von Grüninnen und Grünen ja gern als Allheilmittel gepriesen, dabei dürfte die Umstellung auf dezentrale Energiegewinnung (womöglich im Privathaushalt) kaum Vollbeschäftigung nach sich ziehen. Möglicherweise gehen dabei sogar noch Arbeitsplätze verloren. Zudem gab es kürzlich Streit in Baden-Württemberg: Während der Landesvorstand im Zeichen des „Green New Deal“ auf Speicherkraftwerke mit Wasserkraft setzt, kämpft die grüne Basis in den betroffenen Tälern gegen den Bau eines Staudamms. Hier zeigt sich auch ein innerparteiliches Abstimmungsproblem. Vielleicht sollten sich die Grünen einmal über neue Konzepte der direkten Demokratie nachdenken, so wie das die Piratenpartei tut.

6 Finanzpolitik der CSU

Fast so utopisch wie die Vollbeschäftigung ist in Bayern der ausgeglichene Haushalt, den die CSU mal wieder anstrebt. Schuldenabbau ist eigentlich eine gute Idee, geht es doch darum, weniger Schulden auf zukünftige Generationen abzuwälzen. Um Schulden abzubauen, wird aber auch nicht zu knapp im Bereich der Bildung gespart, also genau dort, wo die zukünftigen Generationen betroffen sind. Sie haben dann noch weniger Bildungschancen und dazu auch noch die Hypothek eines Bildungssystems zu tragen, das sich nachhaltig verschlechtert. Auch hierbei bemerken wir wieder, wie oberflächlich und wenig nachhaltig CSU-Politik ist: **Radiergummipolitik** eben!

7 Umweltpolitik

Wir erinnern uns an die schwarz-rote Abwrackprämie, die vor allem die Automobilindustrie subventioniert hat. Offiziell hieß sie „Umweltprämie“, aber mit Umweltschutz hatte sie bestensfalls soviel zu tun wie ein **Radiergummi**. War da nicht zu Guttenberg Wirtschaftsminister? Gut, die Idee war nicht von ihm – haben wir jetzt auch nicht erwartet!

Der Bio-Sprit (wieder so ein Neusprechwort) hat auch nichts mit mit Bio-Joghurt zu tun, hilft aber der Automobilindustrie wieder, neue Autos zu verkaufen, diesmal sogar ganz ohne Abwrackprämie, und die Agrarindustrie dringt ins Treibstoffgeschäft ein. Dass dabei immer mehr Regenwald **ausradiert** wird, zeigt, dass es mal wieder nicht um nachhaltige Politik geht, sondern einmal mehr um eine **Radiergummilösung**.

Offenbar ist das Versagen der Analogparteien in der Netzpolitik nur die Spitze des Eisbergs. Das Problem ist wohl, dass sie in Vorstellungen und Konzepten des analogen 20. Jahrhunderts verhaftet sind: Arbeitsplätze, Vollbeschäftigung, die Kleinfamilie im Eigenheim mit der Mutter am Herd und dem Vater, der mit dem Auto aus der Vorstadt ins Büro fuhr. Politik fand dabei am Stammtisch statt. Eine andere Vernetzung gab es nicht. Informationen gab es nur aus den Massenmedien. Plagiate verstaubten in Bibliotheken, das Geschwätz von gestern wurde **ausradiert** oder einfach vergessen. Die Welt hat sich jedoch verändert. Wir leben im 21. Jahrhundert.

Analoge **Radiergummilösungen** funktionieren einfach nicht in der digitalen Welt, wir brauchen vielmehr eine zeitgemäße, vernetzte, transparente und nachhaltige Politik für das 21. Jahrhundert, an der sich jeder beteiligen kann. Daher 2011 in Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hessen, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Berlin und in der Schweiz: Piraten wählen – klarmachen zum Ändern.